

DIE EXTREME RECHTE ZUR STADTRATS- WAHL 2019

INFORMATIONEN & HINTERGRÜNDE
ZUR STADTRATSWAHL IN HALLE (SAALE)
WWW.STADTRATSWAHL-HALLE.DE



WARUM DEN STADTRAT WÄHLEN?



Der Stadtrat ist nah dran an den Verhältnissen in Halle. Seine Mitglieder leben in Halle und sind ehrenamtlich tätig. Sie beraten und entscheiden in Ausschüssen und jeden Monat in der Stadtratssitzung über eine Vielzahl von Angelegenheiten der Stadt. Welche Schulen sollen ausgebaut werden? Wie viel sollen Parkplätze jede und jeden kosten? Braucht es eine neue Tramlinie? Wie können der Sport und die Kultur in Halle gefördert werden? Alle diese Entscheidungen werden im Stadtrat getroffen. Von kleinen Fragen bis zu langfristigen Plänen für Halle: Gemeinsam mit dem oder der Oberbürgermeister_in bildet der Stadtrat die Selbstverwaltung der Stadt Halle. Der Stadtrat hat dabei auch

eine Kontrollfunktion: Stadträt_innen können der Verwaltung Fragen stellen, die sie beantworten muss, sie dürfen Akten einsehen und über den Haushalt entscheiden, also die Frage, wofür Geld ausgegeben wird und wie viel.

An den Wahlen zum Stadtrat können in Halle gemeldete Deutsche und EU-Bürger_innen (die seit mindestens drei Monaten ihren Hauptwohnsitz in Halle haben) ab 16 Jahren teilnehmen. Gewählt werden Personen, keine Parteien oder Listen. Jede_r hat drei Stimmen. Mit der Wahl entscheiden die Wähler_innen, wer die kommenden fünf Jahre im Stadtrat die Menschen in Halle vertreten wird.

NEURECHTE NEONAZIS LÜGEN UND HASS



Zu den Stadtratswahlen treten auch Kandidat_innen und Parteien der extremen Rechten an. Manche kommen aus der Neonaziszene, andere geben sich betont seriös und stehen gleichzeitig für rassistische und neurechte Inhalte. Einige haben Verbindungen zur gewaltbereiten „Identitären Bewegung“ oder arbeiten mit Rechtsextremen zusammen, die gezielt Lügen verbreiten, um Hass zu erzeugen. Teilweise werden extrem rechte Haltungen ganz offen gezeigt. Manchmal werden nur Andeutungen gemacht, bei denen aber alle Angesprochenen wissen, was gemeint ist. Gemeinsam ist den verschiedenen extrem Rechten, dass sie sich als „wahre“ Vertretung der Meinung „des Volks“ ausgeben, obwohl es tatsächlich in der Bevölkerung der Stadt sehr unterschiedliche Menschen, Interessen und Gruppen gibt und keine einheitliche „Meinung des Volks“. Die fortgesetzte Eskalation von Rechts mit Drohungen, Angriffen und Anschlägen zeigt die Gefährlichkeit einer Ideologie, in der Menschen nicht gleich viel wert sind und in deren Namen sich Rechte als Vollstrecker des „Volkswillens“ sehen. Mit allen brutalen Folgen, vom Wort zur Tat.

DIE »NEUE RECHTE«

UND DAS NETZWERK ZWISCHEN AFD, „IDENTITÄRER BEWEGUNG“ UND EXTREM RECHTEN VERLAGEN.

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Halle ist – nachdem sie sich zwischenzeitlich zerstritten hatte und Stadträt_innen von ihrem Amt zurücktraten – schon jetzt mit einer eigenen Fraktion im Stadtrat vertreten. Immer wieder fallen ihre Stadträt_innen mit rassistischen Beiträgen auf. Stadtrat **Alexander Raue**, der auch Mitglied des Landtags ist und erneut zur Stadtratswahl antritt, wollte beispielsweise von der Stadtverwaltung wissen, ob man damit rechnen müsse, dass „Deutsche“ in Zukunft vor Muslim_innen in Halle flüchten müssten. Damit spricht er nicht nur Muslim_innen ab, Deutsche zu sein, wenn sie das wollen. Er spielt damit auch auf eine zentrale, falsche Behauptung neurechter Ideologie an: Den „Großen Austausch“, in neonazistischen Kreisen auch als „Umvolkung“ oder „Volkstod“ bezeichnet.

„NEUE RECHTE“: Ist eine Selbstbezeichnung, mit der man sich von der „alten“ extremen Rechten abgrenzen will, obwohl die Unterschiede im Ergebnis nicht sehr groß sind. Sie gibt sich akademisch und bezieht sich auf Autoren, die als Vordenker des Nationalsozialismus gelten. Deren Schriften & Ideologie fasst sie als „Konservative Revolution“ zusammen, womit über die wahren anti-demokratischen, völkischen und faschistischen Inhalte und die Nähe zum Nationalsozialismus getäuscht werden soll.

„Dunkle Mächte“, die EU-Kommission und die Bundesregierung sorgen angeblich gezielt dafür, dass sich die Zusammensetzung der Bevölkerung in Deutschland und Europa verändert und es bald nur noch wenige „Deutsche“ geben wird. Das ist nicht nur falsch, sondern zeigt auch, dass „Deut-

sche“ und Teile des „Volks“ für die Neue Rechte nur die sein können, denen sie das erlaubt. Wer für sie nicht dazu gehört, soll vertrieben werden. Die „Identitäre Bewegung“ fordert das mit der Parole „Remigration jetzt“, was sich mit „Ausländer raus“ übersetzen lässt. Raue ist Erstunterzeichner der „Erfurter Resolution“, mit der sich „Der Flügel“ in der AfD gegründet hat, eine völkisch-nationalistische Gruppierung rund um Björn Höcke und andere.

„IDENTITÄRE BEWEGUNG“: Ist eine neurechte Strömung der extremen Rechten. Die lokale Gruppe in Halle wurde von ehemaligen Neonazis mitgegründet und betreibt in der Adam-Kuckhoff-Straße 16 ein rechtsextremes Hausprojekt. Sie inszeniert sich als jung und akademisch. Immer wieder tritt sie gewaltbereit auf, Mitglieder griffen Journalist_innen, Studierende und Polizist_innen an. Ihr Zeichen ist ein schwarzes Lambda (umgedrehtes Y) auf gelbem Grund.

Mit **Hannah-Tabea RoeBler** kandidiert für die AfD auch eine Person, die immer wieder als Aktivistin für die „Identitären“ auftritt. Sie ist auch Gründungsmitglied des „Flamberg e.V.“ Der Verein der „Identitären Bewegung“ in Halle lädt im rechtsextremen Hausprojekt in der Adam-Kuckhoff-Straße zu Veranstaltungen und Kneipenabenden ein, bei denen Menschen für die extreme Rechte gewonnen werden sollen. RoeBler sitzt für die „Campus Alternative“, die AfD-nahe Hochschulgruppe im Studierendenrat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Christopher Lehmann wurde im Februar 2019 in den Bundesvorstand der „Jungen Alternative“ (JA) gewählt. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) informierte im März 2019, dass es die JA und die AfD-Teilorganisation „Der Flügel“ beobachtet. Lehmann ist Kollege von RoeBler in der „Campus Alternative“ Halle und vertritt sie im Studierendenrat. Er war auch mehrfach im

Haus der „Identitären“ anwesend und ist mit „Identitären“ auf Fotos zu sehen. In der Bekleidung eines Burschenschaftlers (unter anderem mit „Schärpe“, ein farbiges Band) zeigen ihn Fotos bei Veranstaltungen der Burschenschaften „Saxo-Silesia“ in Freiburg – wo er früher studierte – und „HLB Germania“ in Halle. Beide sind Mitglieder der extrem rechten „Deutschen Burschenschaft“. Sie wird immer wieder als sexistisch, reaktionär und rassistisch kritisiert. Lehmann gab gegenüber der Wochenzeitung DIE ZEIT an, den Kontakt zur „Identitären Bewegung“ inzwischen zu bedauern. An seinen Aktivitäten in der extremen Rechten hat das jedoch nichts geändert.

„NEURECHTE VERLAGE“: Sind ein wichtiger Teil der Neuen Rechten, dazu gehören Verlage wie der Antaios-Verlag von Götz Kubitschek mit Sitz in Schnellroda. Dort erschien in deutscher Übersetzung ein für die „Identitären“ wichtiges Buch, mit dessen Titel der Attentäter von Christchurch sein „Manifest“ überschrieb, bevor er 50 Menschen tötete. Kubitschek ist schon lange in der extremen Rechten aktiv, lange weitgehend erfolglos mit der „Konservativ Subversiven Aktion“, (KSA) bevor er durch die Zusammenarbeit mit Teilen der AfD und den „Identitären“ bekannt wurde.

Für das „Team Schrader“ tritt **Marco Kanne** an. 2009 war er Teil der neurechten „Konservativ Subversiven Aktion“, für sie störte er eine Sitzung im Rathaus in Chemnitz. Er betätigte sich als Autor der neurechten Zeitschrift „Eigentümlich frei“ und hatte eine eigene rechte Liste für die Wahl zum Stadtrat von Weißfels gegründet, den „Weißfelfer Bürgerbund“ (WBB), womit er aber keinen Erfolg hatte. Danach war er bis Oktober 2015 Mitglied der AfD im Burgenlandkreis und für eine Weile dort stellvertretender Kreisvorsitzender der Partei. Das „Team Schrader“ wollte sich auf Nachfrage dazu nicht äußern.

Zwischen der AfD, rechten Verlagen und der „Identitären Bewegung“ bestehen weitere inhaltliche und personelle Verbindungen. Die „Identitäre Bewegung“ wird durch den Verfassungsschutz beobachtet.



NEONAZIS

SIE TRETEN MIT BRUTAL WIRKENDEN AUFMÄRSCHEN IN DIE ÖFFENTLICHKEIT. UND SIE HABEN PARTEIEN.

Die bekannteste neonazistische Partei ist die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, die NPD. In Halle ist sie seit Jahren wenig aktiv, obwohl sie mit einem Sitz im aktuellen Stadtrat vertreten ist. Zum Neonazispektrum zählte in Halle auch die ehemals aktive Kameradschaft „Brigade Halle“ aus der Silberhöhe.

„NEONAZISTISCH“: Einstellungen, Gruppen und Personen, die sich positiv auf den Nationalsozialismus beziehen. Zur Neonaziszene zählt etwa der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU), dessen Mitglieder mindestens zehn Menschen ermordeten. Zur Neonaziszene gehören aber auch Parteien wie die NPD und DIE RECHTE, sowie freie Kameradschaften und extrem rechte Hooliangruppierungen.

In Halle war auch die neonazistische Partei „DIE RECHTE“ aktiv. Zur Stadtratswahl treten keine Kandidaten der Partei an. In der Neonaziszene spielen zudem Rechtsrockkonzerte eine große Rolle, hier trifft und vernetzt sich die Szene. Mit den Einnahmen aus den Konzerten finanziert sie sich. Neonazis treten immer wieder gewaltbereit auf, auch in Halle wurden in der Vergangenheit mehrfach Menschen von Neonazis angegriffen. Etwa am 1. Mai 2017 durch Mitglieder der Neonazigruppe „Aryans“, die Menschen mit Autos jagte und mit Steinen, Flaschen und Schlagwerkzeugen angriff. Sven Liebich, der heute als extrem Rechter u.a. mit der „Montagsdemo Halle“ aktiv ist, war früher führender Kader in der neonazistischen Gruppierung „Blood & Honour“, die im Jahr 2000 verboten wurde. Für die NPD treten drei Kandidat_innen an. Die Partei wird durch den Verfassungsschutz beobachtet.



„Aryans“ bei einem Aufmarsch in Halle, 1. Mai 2017.
Foto: © Johannes Grunert, Ausschnitt: HalggR

HASS UND LÜGEN

IN ROHER, DERBER SPRACHE LÜGEN VERBREITEN UND DAMIT HASS SCHÜREN: RECHTE UND IHRE PROPAGANDA.

Im ehemaligen Hotel Maritim soll ein Hausmeister von Geflüchteten getötet worden sein. Die Geschichte war nicht wahr, aber sie verbreitete sich schnell und weit. So wie falsche Zitate von Politiker_innen, die sie nie gesagt hatten. Verbreitet wurden und werden sie auch auf der „Montagsdemo Halle“ und auf Internetseiten wie „Halle-Leaks“. In roher und derber Sprache wird dort gegen Geflüchtete Hass geschürt und politische Gegner_innen angegriffen. Ständiges Thema sind angebliche Verschwörungen „der Mächtigen“ und „Eliten“ und der angeblichen „Lügenpresse“ (der Lügen unterstellt werden, weil sie nicht schreibt, was man selbst glaubt.)

„VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN“: Sind keine echten Theorien – die versuchen, mit begründeten Aussagen bestimmte Tatsachen zu erklären –, sondern bewusste und unbewusste Lügen, die auf Gefühle zielen. Weil die Wirklichkeit nicht zu den eigenen Vorurteilen passt, bilden sie einen Mythos, eine erfundene Geschichte, mit der die Widersprüche zwischen Wirklichkeit und eigenem Vorurteil verdeckt werden sollen. Beispiel: Man glaubt aus irgendwelchen Gründen, dass es – im Widerspruch zu jeder wissenschaftlichen Erkenntnis – keinen Klimawandel gibt und erfindet sich die dazu passende Geschichte: über Mächtige, die den Klimawandel erfunden hätten um damit Geld zu verdienen.

Von Beginn an war **Donatus Schmidt**, später gemeinsam mit Sven Liebich, als Redner bei der „Montagsdemo“ dabei, er tritt für die AfD zur Stadtratswahl an und arbeitet nach Berichten der Mitteldeutschen Zeitung auch für die aktuelle AfD-Fraktion im Stadtrat. Schon 2009 sprach er

nach Angaben der Zeitschrift Jungle World davon, eine „kleine Elite“ von „Mächtigen“ wolle die Deutschen „ausrotten“. Hier zeigt sich auch bei Schmidt die extrem rechte Erzählung vom „Großen Austausch“. Zudem gibt es Bezüge zur Reichsbürgerszene, Schmidt war bei einer Unterstützungsaktion für Adrian Ursache in Reuden anwesend. Ursache soll auf einen Polizeibeamten geschossen haben und wurde wegen versuchten Mordes verurteilt (das Urteil ist noch nicht rechtskräftig). Zuletzt sorgte Schmidt für Empörung, als er ein Video von Sven Liebich veröffentlichte, in dem dieser zu Hausbesuchen bei einem Landtagsabgeordneten aufrief. Im aktuellen Verfassungsschutzbericht für Sachsen-Anhalt wird Sven Liebich als „Verschwörungstheoretiker“ im Bereich Rechtsextremismus geführt. Er hat auch ein wirtschaftliches Interesse an extrem rechter Propaganda. Die „Shirtshop GmbH“, deren Geschäftsführer er ist, vertreibt eine Vielzahl extrem rechter Aufkleber und T-Shirts. Roher, derber Hass und Verschwörungstheorien finden sich ebenfalls in anderen Bereichen der extremen Rechten, wie etwa bei LEGIDA. Hier trat **Gernot Nette** auf, inzwischen ist er Fraktionsgeschäftsführer der AfD-Fraktion im Stadtrat, Mitglied des Stadtrats für die AfD und tritt erneut zur Wahl an.

Formulierungen, wie sie sich bei rechten und verschwörungsideologischen Parteien und Gruppen finden, sind in Teilen auch beim „Team Schrader“ zu beobachten. In der Selbstbeschreibung ist zu lesen, „mächtige Netzwerke“ hätten sich die Stadt zur „Beute“ gemacht, „Eliten“ würden ihre „Hobbys“ finanzieren. Einige Kandidat_innen des Teams haben in sozialen Netzwerken extrem rechte Seiten mit „gefällt mir“ markiert.

Dies ist ein Informationsangebot von Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage und dem Arbeitskreis Protest im Studierendenrat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zur Stadtratswahl 2019 in Halle (Saale).

Stand der Veröffentlichung: 21. April 2019

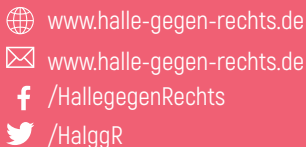
MEHR & AKTUELLE INFORMATIONEN: WWW.STADTRATSWAHL-HALLE.DE

HALLE GEGEN RECHTS – BÜNDNIS FÜR ZIVILCOURAGE

Ist ein überparteiliches Bündnis aus über 100 Einzelpersonen und mehr als 30 Organisationen aus Halle, das sich entschieden gegen die extreme Rechte, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sowie gegen jede Diskriminierung und für Zivilcourage einsetzt. 2017 wurde es als »Botschafter für Demokratie und Toleranz« durch das von den Bundesministerien des Inneren und der Justiz getragene BfDT ausgezeichnet.

ARBEITSKREIS PROTEST

Ist ein Arbeitskreis des Studierendenrates der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Er setzt sich für das Eintreten für Grund- und Menschenrechte, für eine aktive Toleranz und damit einhergehend für eine menschenwürdige soziale Lage aller Menschen ein. Er engagiert sich gegen Faschismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie sonstige Unterdrückungsstrukturen innerhalb und außerhalb der Universität.



In Kooperation mit:

